

Düsseldorf, 9. Mai 2008

Gemeinsame Erklärung GRÜNE und BUND

BUND und GRÜNE einig bei der Bewertung des PFT-Skandals - Schwarz-gelbe Umweltpolitik ist nicht zukunftsfähig

Unterschiedliche Einschätzungen bei PFT ausgetauscht und ausgeräumt

In einem gemeinsamen Gespräch sind entstandene Missverständnisse ausgeräumt und weitgehende Übereinstimmungen festgestellt worden. GRÜNE und BUND haben keine wesentlichen Unterschiede in der Bewertung der Umweltpolitik der Landesregierung im Allgemeinen und beim PFT-Skandal im Speziellen.

BUND und GRÜNE stimmen darin überein, dass die Problembewältigung im PFT-Skandal ungenügend ist.

Sie stimmen auch darin überein, dass Umweltminister Uhlenberg beim PFT-Skandal unzureichend handelt, ungenügend informiert und verspätet reagiert.

Umweltminister Uhlenberg hat den vor zwei Jahren zufällig aufgedeckten PFT-Skandal bis heute nicht im Griff und ist stets ein Getriebener der Ereignisse.

GRÜNE und BUND fordern, endlich den PFT-Skandal lückenlos aufzuklären und alle Verursacher und Ursachen konsequent anzugehen.

Hierzu wird auf das beigefügte, gemeinsame Positionspapier verwiesen.

Darüber hinaus sind BUND und GRÜNE auch in der Einschätzung und der Kritik der wesentlichen Feldern der Umweltpolitik einig, sei es im Klimaschutz, Natur- und Artenschutz, Landwirtschaft, Verkehrspolitik, Siedlungs- und Flächenpolitik.

Die Landesregierung und ihr Umweltminister haben die falsche Richtung eingeschlagen:

- Fossile Großkraftwerke statt Umbau der Strukturen der Energieversorgung,
- Verlängerung der Laufzeit von AKWs,
- Rückschritte beim Naturschutz,
- Fortgang des Artensterbens,
- Abbau von Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten der Naturschutzverbände,
- schleichende Einsickerung der Gentechnik in der Landwirtschaft,
- Ausweitung der Massentierhaltung und konventioneller Landwirtschaft,
- forcierter Straßenbau,
- zunehmender (Nacht-)Flugverkehr,
- Abbau der Umweltverwaltung, weiter ungehemmter Flächenverbrauch im Land.

Die Liste ließe sich problemlos fortsetzen – überall verfolgen Landesregierung und Umweltminister keine oder verfehlte Konzepte. Es wird weiter auf ungezügelttes Wachstum und den Verbrauch von Natur und Ressourcen gesetzt, falsche oder nicht ausreichende Konsequenzen aus Klimapolitik, Artensterben und demographischer Entwicklung gezogen.

Gemeinsames Positionspapier:

A. Analyse der Defizite:

1. Zögerliche Vorlage von Daten und deren Interpretation.
Der gerichtlich so bestätigte Versuch des „Schönens von Daten“ und „in die Irreführens“, bei der eine nicht erreichte Frachtminderung schön gerechnet wurde, spricht für sich und wird scharf kritisiert.
Das Untersuchungsprogramm der PFT-Emissionen aus Betrieben und Kläranlagen mit dem Ziel, die relevanten PFT-Quellen in der Ruhr ausfindig zu machen, wurde dem Umweltminister allein auf Grund des öffentlichen Drucks, insbesondere befördert durch Presse, GRÜNE und BUND aufgezwungen.
Mehr als ein Jahr nachdem die Überprüfung der kommunalen Kläranlagen (Forderung von GRÜNEN und BUND) durchgesetzt werden konnte legte der Minister erst nach gerichtlichen Auseinandersetzungen die Daten zu den beträchtlichen täglichen PFT-Frachten vor, die von einer Vielzahl der kommunalen Kläranlagen, verursacht von industriellen Indirekteinleitern, in die Ruhr über den gesamten Flussverlauf eingeleitet werden.
2. Erfolge der Minderung der PFT-Belastung der Abwässer der einleitenden industriellen Betriebe, die in der Produktion PFT einsetzen, lassen sich auf Basis der bisher vorgelegten Zahlen nicht belegen. Entsprechende Aussagen des Ministers waren fahrlässig, in entscheidenden Punkten sachlich falsch und daher nicht vertrauensbildend. Darüber hinaus fehlt jegliche Vollzugs-Verbindlichkeit in den Vereinbarungen mit den Betrieben, die PFT emittieren.
3. Landesweit ist die Überwachung der Indirekteinleiter, die in die kommunalen Kläranlagen einleiten, durch die Ausdünnung der Umweltverwaltung nahezu zum Erliegen gekommen. Es wird im Wesentlichen nur auf immer neue Chemie- und Störfälle reagiert, eine systematische Aufarbeitung der Defizite ist nicht zu erkennen, für zahllose neue Stoffe fehlen Bewertungsansätze und Analysemethoden.
4. Auf Grund des öffentlichen Drucks (Presse, GRÜNE, BUND) konnten die Wasserwerke an der Ruhr zur technischen Nachrüstung gemäß Stand der Technik bewegt werden, so dass bereits Investitionsentscheidungen von bis zu 80 Mio. € getroffen wurden. „End of the pipe“-Lösungen dürfen allerdings nicht zu einem Freibrief der PFT-Verursacher in der landwirtschaftlichen Verwertung und bei den industriellen Indirekteinleitern führen.
5. Die Ursachen der hohen PFT-Belastung in Möhne und Ruhr wurden nicht zufriedenstellend analysiert und aufgeklärt. Auch wenn die Sanierung der Fläche in Brilon Scharfenberg – nach problematischem Beginn – mittlerweile erfolgreich zu arbeiten scheint, ist ein großer Anteil der PFT-Belastung in Möhne und Ruhr unzureichend angegangen.
6. Im Raum Rүthen und im Einzugsgebiet der Möhnetalsperre und der oberen Ruhr liegen weitere belastete Flächen, deren Sanierung nicht angegangen und verschleppt wird. Die Vorlage von genauen Daten hierzu wird systematisch verweigert.

7. Nach wie vor gibt es lokal sehr hohe PFT-Belastungen aus Kläranlagenabläufen und Auswirkungen auf Gewässer, Fische, Trinkwasser und Menschen – wie z.B. die aktuell extrem hohe PFT-Belastung von Fischen im Rahmeder Bach und der Lenne (Kläranlagen Rahmedetal und Werdohl) belegen.
8. Der BUND stellt klar, dass dem in grüner Verantwortung von Bärbel Höhn geführten Umweltministerium keine Versäumnisse in der Vergangenheit vorgeworfen werden und die frühere Umweltministerin Bärbel Höhn in der Wasser- und Abwasserpolitik gegen den heftigsten Widerstand der damaligen schwarz-gelben Opposition und des Ruhrverbands aktiven und vorsorgenden Umweltschutz voran getrieben und nachweisbar Akzente gesetzt hat. Dasselbe gilt für die früheren Initiativen zum konsequent vorsorgenden Ansatz wie zur Verschärfung der Bioabfall-Verordnung, der Düngemittel-Verordnung oder der Klärschlamm-Verordnung. Erinnert wird auch an den Einsatz der GRÜNEN und von Bärbel Höhn zur Formulierung einer im Sinne des Vorsorgeprinzips konsequenten EU-Chemikalien-Richtlinie. Vorwürfe gegen Bärbel Höhn sind in der PFT-Problematik daher nicht gerechtfertigt.

B: Forderungen

1. **Transparenz bei den Abwasserdaten („Gläsernes Abwasserrohr“)**
Den Wasserverbänden und insbesondere dem Ruhrverband ist ein öffentlich zugängliches Abwasserkataster aller indirekt einleitenden industriellen Betriebe aufzuerlegen. Des Weiteren sind die Namen und Daten der PFT-Frachten ausstoßenden Betriebe zu veröffentlichen. Abwasserinhaltsstoffe dürfen nicht mehr als Staatsgeheimnis behandelt werden.
2. **Transparenz bei den belasteten Flächen.**
Umweltminister Uhlenberg wird aufgefordert, endlich die Daten alle Felder (über 800) zu veröffentlichen, auf die PFT belastetes Material aufgebracht wurde. Darüber hinaus wird Aufklärung und Offenlage aller Daten gefordert, was mit den Klärschlämmen des Ruhrverbandes in der Vergangenheit passiert ist.
3. **Gewässerschutz**
Hier wird ein konsequenter verursacherbezogener Ansatz gefordert. Freiwillige Vereinbarungen und einseitige „Dialog mit der Industrie“ allein reichen nicht aus, um die Vielzahl von nicht geregelten und neuen Stoffen, die angewendet und in Gewässer eingeleitet werden, in den Griff zu bekommen. Hierzu müssen verbindliche Vorgaben, gesetzlich geregelte Grenzwerte, ein anspruchsvoller Stand der Technik und ein konsequentes Monitoring gewährleistet werden.
4. **Indirekteinleiter**
Im Zusammenhang mit der Zerschlagung der Umweltverwaltung in NRW ist die allgemeine Überwachung der Indirekteinleiter im Land extrem zurückgefahren worden. Dies muss rückgängig gemacht werden. Unabhängig vom PFT-Problem müssen die Indirekteinleiter wieder stärker auf Einhaltung der Genehmigungen und auf besonders problematische Stoffe untersucht werden.
5. **Betriebliche Maßnahmen**
Maßnahmen zur PFT-Minderung und Substitution bei den Betrieben müssen umfassend dargelegt und konsequent umgesetzt werden. Freiwillige Absprachen und unver-

bindlicher Erklärungen müssen durch rechtliche verbindlich Bescheide, verbindliche Grenzwerte, ambitionierte Fristvorgaben und konsequente Überwachung ersetzt werden. Nur so können dauerhafte Erfolge in der zu hohen Belastung mit PFT und anderen problematischen Chemikalien erreicht und nachgewiesen werden.

6. REACh und andere Regelungen

PFT gehört nicht ins Wasser. Die Produktion von problematischen Stoffen muss verboten bzw. stark eingeschränkt und zügig über REACh geregelt wird. Der Gesetzgeber muss für PFT verbindliche Grenzwerte setzen und den Stand der Technik für die Einleitung von PFT und anderen gefährliche Stoffen ins Abwasser festlegen. Hierzu muss das Land im Bundesrat und auf Bundesebene aktiv werden.

7. Gutachter

Prof. Dohmann ist wegen seiner engen Verbindungen zum Ruhrverband - als ehemals leitender Mitarbeiter im Ruhrverband und der Vorstand des Ruhrverbandes ist dem Forschungsinstitut von Prof. Dohmann inhaltlich und personell eng verbunden - nicht geeignet, den PFT-Skandal unabhängig aufzuarbeiten.

Paul Kröfges

BUND Landesvorsitzender NRW

Johannes Rimmel MdL

**umweltpolitischer Sprecher
Parl. Geschäftsführer
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Landtag NRW**